

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 7. Sitzung des Stadtrates (SR/007/2015)

am Donnerstag, 26. Februar 2015,

16:00 Uhr

**im Kulturrathaus, Clara-Schumann-Saal, 1. Etage,
Königstraße 15, 01097 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:32 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

Beigeordnete

Dirk Hilbert

Winfried Lehmann

Dr. Ralf Lunau

Jörn Marx

Martin Seidel

Hartmut Vorjohann

CDU-Fraktion

Heike Ahnert

Veit Böhm

Dr. Georg Böhme-Korn

Dr. Hans-Joachim Brauns

Jan Donhauser

Gottfried Ecke

Ingo Flemming

Dietmar Haßler

Astrid Ihle

Steffen Kaden

Lothar Klein

Thomas Krause

Peter Krüger

Angelika Malberg

Christa Müller

Klaus Rentsch

Dr. Helfried Reuther

Gunter Thiele

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel

Pia Barkow

Cornelia Eichner

Norbert Engemaier

Dr. Margot Gaitzsch

Thomas Grundmann

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Tilo Kießling

Annekatriin Klepsch

Jens Matthis

Hans-Jürgen Muskulus

Jacqueline Muth

Andreas Naumann

André Schollbach

Dr. Martin Schulte-Wissermann

Kerstin Wagner

Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kati Bischoffberger

Ulrike Caspary

Christiane Filius-Jehne
Margit Haase
Kerstin Harzendorf
Ulrike Hinz
Jens Hoffsommer
Johannes Lichdi
Thomas Löser
Michael Schmelich
Torsten Schulze

SPD-Fraktion

Christian Avenarius
Peter Bartels
Thomas Blümel
Christian Bösl
Vincent Drews
Dana Frohwieser
Wilm Heinrich
Dr. Peter Lames
Albrecht Pallas
Hendrik Stalman-Fischer

Fraktion Alternative für Deutschland

Detlev Cornelius
Gordon Engler
Harald Gilke
Jörg Urban
Stefan Vogel

FDP/FB-Fraktion

Franz-Josef Fischer
Jens Genschmar
Holger Zastrow

fraktionslose Stadträte

Jens Baur
Jan Kaboth
Hartmut Krien

Abwesend:

Beigeordnete

Detlef Sittel

CDU-Fraktion

Annett Grundmann
Anke Wagner
Daniela Walter

Fraktion Alternative für Deutschland

Bernd Lommel

FDP/FB-Fraktion

Dr. Thoralf Gebel

Gäste:

Herr Vincze

Vorsitzender des Ausländerbeirates

Schriftführerin:

Elsa Claus, Monika Weber

SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|------|--|----------------------------------|
| 1 | Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse | |
| 2 | Bericht der Oberbürgermeisterin | |
| 3 | Ausscheiden eines Stadtratsmitgliedes aus dem Stadtrat und Nachrücken einer Ersatzperson in den Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden; Wahlkreis 10 - Mandat Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) | V0283/15
beschließend |
| 4 | Ausscheiden eines Stadtratsmitgliedes aus dem Stadtrat und Nachrücken einer Ersatzperson in den Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden

Wahlkreis 7 - Mandat Alternative für Deutschland (AfD) | V0304/15
beschließend |
| 5 | Verpflichtung zweier Stadträte gemäß § 35 Absatz 1 SächsGemO durch die Oberbürgermeisterin | |
| 6 | Aktuelle Stunde: Satzung über die Bereitstellung, Benutzung und Betreibung von Unterbringungseinrichtungen für Asylbewerber sowie Flüchtlinge nach § 3 SächsFlüAG | A0024/15
beschließend |
| 7 | Einigungsverfahren Gremienbesetzung | |
| 7.1 | Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung) | |
| 7.2 | Ausschuss für Wirtschaftsförderung | |
| 7.3 | Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofswesen) | |
| 7.4 | Ausschuss für Kultur | |
| 7.5 | Ausschuss für Soziales und Wohnen | |
| 7.6 | Ausschuss für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtung) | |
| 7.7 | Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten) | |
| 7.8 | Ausschuss für Gesundheit (Eigenbetriebe der Krankenhäuser) | |
| 7.9 | Ausschuss für Petitionen und Bürgeranliegen | |
| 7.10 | Ausländerbeirat | |
| 8 | Umbesetzung eines 1. Stellvertreters für die AfD-Fraktion im Jugendhilfeausschuss | A0025/15
beschließend |
| 9 | Umbesetzung in der Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge e. V. | A0027/15
beschließend |

10	Besetzung der zweiten Vertreterinnen oder Vertreter der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses	V0219/14 beschließend
11	Tagesordnungspunkte ohne Debatte	
12	Abberufung eines Mitgliedes des Ausländerbeirates und Wahl eines neuen Mitgliedes im Ausländerbeirat	V0294/15 beschließend
13	Vertagungen Stadtratssitzung 22.01.2015	
13.1	Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden	V0157/14 beschließend
13.2	Wahl der Vertreter/innen der Landeshauptstadt Dresden und ihrer Stellvertreter/innen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden	V0159/14 beschließend
13.3	Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 541, Dresden-Laubegast, Wohnungsbau Laibacher Straße/Gustav-Hartmann-Straße hier: 1. Abwägungsbeschluss 2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung zur Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes	V3013/14 beschließend
13.4	Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 570, Dresden-Mickten Nr. 1, Wohnsiedlung Tichatschekstraße hier: Kenntnisnahme der Stellungnahmen (Abwägung) Satzung zur Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 570	V3014/14 beschließend
13.5	Neue Wohnungspolitik in einer wachsenden Stadt	A0835/14 beschließend
13.6	Postplatz neu gestalten und begrünen	A0847/14 beschließend
14	Vertagungen Stadtratssitzung 22. Januar 2015 - Neufassung Beschlüsse Stadtrat 10. Juli 2014 - Herstellung der Rechtssicherheit	
14.1	Bebauungsplan Nr. 357 B, Dresden-Neustadt Nr. 39, Leipziger Straße/Neustädter Hafen hier: 1. Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan 2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes	V2940/14 beschließend
15	Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung der Jahresabschlüsse 2014 und 2015 des Eigenbetriebes Stadtentwässerung der Landeshauptstadt Dresden	V0242/14 beschließend
16	Neuerrichtung der Werkstätten für die Staatsoperette Dresden und das tjg.theater junge generation - Veränderung Standort	V0138/14 beschließend
17	Mustervereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Dresden und den Kindertagespflegepersonen	V2997/14 beschließend

- | | | |
|-----------|--|----------------------------------|
| 18 | Veränderung des Sondervermögens des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen Dresden für das Wirtschaftsjahr 2013 | V0107/14
beschließend |
| 19 | Verkehrsbaumaßnahme Marienberger Straße – Salbachstraße zwischen Knappestraße und Wehlener Straße | V2924/14
beschließend |
| 20 | Bebauungsplan Nr. 35.3, Dresden-Nickern Nr. 2, ehemaliges Kasernengelände
hier:
1. Abwägungsbeschluss
2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung | V0030/14
beschließend |
| 21 | Bebauungsplan Nr. 54.3, Dresden-Altstadt I Nr. 6, Postplatz/Wallstraße
hier:
1. Abwägungsbeschluss
2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung | V0084/14
beschließend |
| 22 | Vorplanung Hochwasserschadensbeseitigung, Verkehrsbauvorhaben Wehlener Straße - Alttolkewitz - Österreicher Straße zwischen Schlömilchstraße und Leubener Straße | V0139/14
beschließend |
| 23 | Aufhebung des Beschlusses zur Vorlage V0142/14, Beschluss zur Vergabenummer 2014-1042-00049 „Verwaltung dezentraler Unterbringungsobjekte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ | V0329/15
beschließend |

Nicht öffentlich

- | | | |
|-----------|--|--|
| 24 | Behandlung von Vergabe-Fragen, die einzelne konkrete Angebote/Bieter des Tagesordnungspunktes 23 betreffen | |
|-----------|--|--|

öffentlich**Einleitung:**

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die 7. Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, dem 26. Februar 2015, und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Der Tagesordnungspunkt 13.6 wird auf Wunsch des Einreichers vertagt.

Folgende Tagesordnungspunkte werden ohne Debatte behandelt: 13.4, 15 und 18.

Scheitert bei dem Tagesordnungspunkt 7 das Einigungsverfahren, kommt das Benennungsverfahren zur Anwendung.

Bei den Tagesordnungspunkten 8, 9, 10, 12, 13.1 und 13.2 muss nach erfolgloser Einigung gewählt werden.

Der interfraktionelle Eilantrag „Überarbeitung Sportförderrichtlinie“ wird heute nicht auf die Tagesordnung gesetzt, es besteht keine Eilbedürftigkeit. Die Förderung laufe weiter, etwaige Rückforderungen seien bis zur Behandlung ausgesetzt.

Herr Stadtrat Thiele beantragt, den Tagesordnungspunkt 22 nach der Pause zu behandeln. Es sei von großer Wichtigkeit, die Vorlage heute noch zu behandeln, da Fristen für die Hochwasserschadensbeseitigung eingehalten werden müssten.

Herr Stadtrat Wirtz beantragt, den Tagesordnungspunkt 14.1 zu vertagen, hier bestehe noch Gesprächsbedarf.

Herr Stadtrat Schulze beantragt, dass nach der Pause der Tagesordnungspunkt 29 behandelt werden soll, damit heute ein Beschluss gefasst werde.

Herr Stadtrat Krien weist darauf hin, dass für jede Person, die das Stadtratsmandat nicht annehme, einzeln abgestimmt werden müsse.

Herr Stadtrat Schollbach beantragt, die Tagesordnungspunkte 13.1 und 13.2 erneut zu vertagen, die Begründung hierfür habe sich nicht geändert. Mit den Gremien der Sparkasse befinde man sich in konstruktiven Gesprächen.

Herr Stadtrat Löser weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 13.6 zurückgezogen sei.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag von Herrn Stadtrat Thiele, den Tagesordnungspunkt 22 nach der Pause zu behandeln, mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag von Herrn Stadtrat Wirtz, Tagesordnungspunkt 14.1 zu vertagen, mit 37 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag von Herrn Stadtrat Schulze, Tagesordnungspunkt 29 ebenfalls nach der Pause zu behandeln, mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt den Antrag von Herrn Stadtrat Schollbach, die Tagesordnungspunkte 13.1 und 13.2 zu vertagen, mit 36 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten Tagesordnung mehrheitlich zu.

1 Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse

Die Oberbürgermeisterin informiert über folgenden in nicht öffentlicher Sitzung am 22. Januar 2015 gefassten Beschluss:

V0185/14: „Berufung des Chefarztes für die Klinik für Orthopädie und Orthopädische Chirurgie des Eigenbetriebes Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt, Städtisches Klinikum“

2 Bericht der Oberbürgermeisterin

Die Oberbürgermeisterin ergreift aufgrund ihrer Amtsniederlegung das Wort. Das Amt der Oberbürgermeisterin sei eine große Ehre, aber auch eine große Herausforderung für sie gewesen.

Sie weist auf die vielen Projekte hin, die während ihrer Amtszeit erfolgreich realisiert worden seien. Die Bevölkerungsentwicklung von Dresden sei steigend, der erfolgreiche Mittelstand hätte die Krisen der letzten Jahre gut gemeistert und bilde nach wie vor die Basis des Wachstums der Stadt. In vielen Bereichen sei man im europäischen und internationalen Wettbewerb gut aufgestellt. Es sei gelungen, für Fachkräfte und junge Familien gute Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Situation für Philharmonie, Operette und t.j.g. werde sich in der Zukunft wesentlich verbessern. Beim Hochwasser 2013 hätte sich die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gezeigt, aber auch die große Einsatzbereitschaft der gesamten Bevölkerung.

Nicht vergessen werden dürften folgende Ereignisse:

- die eindrucksvolle Eröffnung der Waldschlößchenbrücke
- der Bau der Schwimmhallen in Bühlau und am Freiburger Platz sei auf den Weg gebracht worden
- bei der Gründung der Bäder GmbH sei ein nachhaltiges Fundament gelegt worden
- der Rückkauf der DREWAG-Anteile und Erwerb der ENSO seien zukunftsweisend gewesen.

Die Erinnerung an den 13. Februar hätte ihr immer besonders am Herzen gelegen. Die 2009 gegründete Arbeitsgruppe „13. Februar“ hätte sich bewährt. Sie sei froh, dass es am 70. Jahrestag gelungen sei, klar und deutlich zu zeigen, wie positiv sich die Erinnerungskultur entwickelt hätte. Die Bürgerschaft setzte ein klares Zeichen gegen Rassismus und Gewalt, ohne dass dabei das individuelle Gedenken auf der Strecke bleibe. Sie hoffe sehr, dass dieser Weg weiter fortgeschritten werde.

Ein weiteres Thema, was in den kommenden Wochen diskutiert werden sollte, sei eine mögliche Bewerbung Dresdens als europäische Kulturhauptstadt. Der Titel stehe für Weltoffenheit und Toleranz und könne ein Meilenstein für die weitere Entwicklung der Stadt sein. Sie wünsche sich, dass es zu weniger Konflikten und Streitereien zwischen Stadtrat und Verwaltung komme. Die Themen Weltoffenheit und Internationalität müssten eine stärkere Gewichtung erhalten. Die Zukunftsfähigkeit von Dresden sei auch davon abhängig, wie es gelinge, die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen zu integrieren. Integration müsse als fortwährende Aufgabe betrachtet werden. Fremdenfeindlichkeit dürfe keinen Raum erhalten. Politische Teilhabe sei Aufgabe der Parlamente sowie der Parteien. Das Ziel des Stadtrates sollte es immer sein, den Willen der gesamten Bürgerschaft in seiner ganzen Vielfalt abzubilden. Sie bedankt sich bei ihren Wegbegleitern der vergangenen Jahre und bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt.

- 3 Ausscheiden eines Stadtratsmitgliedes aus dem Stadtrat und V0283/15
Nachrücken einer Ersatzperson in den Stadtrat der Landes- beschließend
hauptstadt Dresden; Wahlkreis 10 - Mandat Sozialdemokrati-
sche Partei Deutschlands (SPD)**

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt den Punkten 1 und 2 der Vorlage mit 59 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt Punkt 3 der Vorlage mit 60 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat stellt gemäß § 18 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) fest, dass bei Herrn Stadtrat Albrecht Pallas ein Hinderungsgrund nach § 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SächsGemO für die Fortführung der ehrenamtlichen Tätigkeit als Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden vorliegt.
2. Der Stadtrat stellt fest, dass Herr Stadtrat Albrecht Pallas aus dem Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden ausscheidet.
3. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die nächste gewählte Ersatzperson der Partei SPD im Wahlkreis 10,

Frau Dana Frohwieser, Münchner Straße 54 in 01187 Dresden,

für Herrn Stadtrat Albrecht Pallas gemäß § 34 Abs. 2 SächsGemO in den Stadtrat nachrückt.

Abstimmungsergebnis:

punktweise Zustimmung

- 4 Ausscheiden eines Stadtratsmitgliedes aus dem Stadtrat und V0304/15
Nachrücken einer Ersatzperson in den Stadtrat der Landes- beschließend
hauptstadt Dresden**

Wahlkreis 7 - Mandat Alternative für Deutschland (AfD)

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt den Punkten 1 und 2 der Vorlage mit 59 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt Punkt 3 der Vorlage mit 50 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt Punkt 4 der Vorlage mit 56 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat stellt gemäß § 18 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) fest, dass bei Herrn Bernd Lommel ein Hinderungsgrund nach § 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SächsGemO für die Fortführung der ehrenamtlichen Tätigkeit als Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden vorliegt.

2. Der Stadtrat stellt fest, dass Herr Stadtrat Bernd Lommel aus dem Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden ausscheidet.
3. Der Stadtrat stellt gemäß § 18 Abs. 2 SächsGemO fest, dass bei der einzigen gewählten Ersatzperson der Partei AfD im Wahlkreis 7,

Herr Joachim Exner, Stübelallee 15 d in 01307 Dresden,

ein wichtiger Grund nach § 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SächsGemO eingetreten ist, der eine Ablehnung des Stadtratsmandates rechtfertigt.

4. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass es im Wahlkreis 7 keine weitere Ersatzperson der Partei AfD gibt und die gewählte Ersatzperson der Partei AfD mit der höchsten Stimmenanzahl in allen Dresdner Wahlkreisen,

Herr Harald Gilke, Elsterwerdaer Straße 18 in 01239 Dresden,

aus dem Wahlkreis 8 für Herrn Stadtrat Bernd Lommel gemäß § 34 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 22 Abs. 4 Satz 2 Kommunalwahlgesetz (KomWG) in den Stadtrat nachrückt.

Abstimmungsergebnis:

punktweise Zustimmung

5 Verpflichtung zweier Stadträte gemäß § 35 Absatz 1 SächsGemO durch die Oberbürgermeisterin

Die Oberbürgermeisterin verpflichtet Frau Dana Frohwieser und Herrn Harald Gilke gemäß § 35 Abs. 1 SächsGemO wie folgt:

„Ich gelobe, die Verfassung, Gesetz und Recht zu achten und zu verteidigen, meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen uneigennützig und verantwortungsbewusst zu erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen zu üben.

Außerdem gelobe ich, die Rechte der Landeshauptstadt Dresden gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohnerinnen und Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Frau Frohwieser und Herr Gilke unterschreiben die Verpflichtung.

Anschließend wird diese durch die Oberbürgermeisterin per Handschlag bekräftigt.

6 Aktuelle Stunde: Satzung über die Bereitstellung, Benutzung und Betreuung von Unterbringungseinrichtungen für Asylbewerber sowie Flüchtlinge nach § 3 SächsFlüAG A0024/15 beschließend

Herr Stadtrat Vogel erläutert kurz, was die Fraktion Alternative für Deutschland veranlasst habe, die heutige Aktuelle Stunde zu beantragen. Seit Mitte Dezember 2014 habe sich die Unterbringungssituation aufgrund der steigenden Zahlen der Asylbewerber und Flüchtlinge weiter verschärft. Die Stadt stehe vor der Herausforderung, die Unterbringung der Antragsteller auf Asyl so professionell wie nötig und so transparent wie möglich zu organisieren.

Die dezentralen Gewährleistungswohnungen würden momentan hilfsweise durch die Übergangswohnheimsatzung von 2007 geregelt. Diese Satzung sollte entweder aktualisiert oder durch eine neue Satzung ersetzt werden. Ziel des Antrages A0022/15 von der Fraktion Alternative für Deutschland sei, dass der gesamte Prozess der Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge in Dresden von Anfang an beschrieben werde. Die Satzung soll, wo es noch keine gesetzlichen Vorgaben gebe, klare Regeln und eindeutige Qualitätskriterien definieren und für mehr Transparenz sorgen. Die Notwendigkeit einer solchen Satzung stehe außer

Frage, dies bestätige auch die Antwort der Oberbürgermeisterin vom 18. Februar 2015 auf eine Anfrage der Fraktion Alternative für Deutschland. Es sei rechtlich zulässig, ein klares Anforderungsprofil festzulegen. Die Satzung solle eine vollständige Liste aller gesetzlichen Vorschriften sowie der möglichen Individualvereinbarungen mit Verweis auf die jeweils relevanten Punkten aufführen. Er bemängelt die Vorgehensweise von Herrn Bürgermeister Seidel. Der Satzungsentwurf vom Geschäftsbereich Soziales sei nicht bekannt und könne deshalb auch nicht diskutiert werden. Die Fraktion Alternative für Deutschland betrachte es als eine wesentliche Aufgabe des Stadtrates, die Stadt auf bestehende Defizite hinzuweisen, um eventuelle Nachteile für die Stadt und deren Bürgerinnen und Bürger abzuwenden. Die Stadträte der Fraktion Alternative für Deutschland und Stadträtinnen und Stadträte anderer Fraktionen werden gemeinsam Akteneinsicht gemäß § 28 (2) Sächsische Gemeindeordnung für den im Verwaltungsumlauf befindlichen Satzungsentwurf beantragen, mit sämtlichen dazu gehörenden Dokumenten.

Herr Stadtrat Genschmar stellt klar, die FDP/FB-Fraktion begrüße das Thema der Aktuellen Stunde. Die bestehende Satzung müsse überarbeitet werden, es sei wichtig, dass man mit den Bürgerinnen und Bürgern rechtzeitig ins Gespräch komme. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass die Bürgerschaft bereit sei, über das Thema zu reden, und Bereitschaft gezeigt hätte, zu helfen. Die FDP/FB-Fraktion suche das Gespräch mit der Bürgerschaft und möchte informieren, was geplant sei. Er weist darauf hin, dass die Ideen der Bürgerschaft nicht genügend beachtet würden. Es würden immer mehr männliche Asylsuchende und Flüchtlinge einreisen.

Frau Stadträtin Malberg erklärt, die CDU-Fraktion halte die Aktuelle Stunde für entbehrlich. Seit geraumer Zeit steige die Zahl der Asylsuchenden dramatisch an. So gern man auch helfen wolle, die Realität bringe einen schnell an die Grenze des Machbaren. Die Kommune müsse den Ansturm bewältigen und die Ankommenden müssten menschenwürdig untergebracht werden. Solange Notunterkünfte geschaffen werden müssten, sei es schwierig, von Integration und Teilhabe zu sprechen. Die Art der vergangenen Diskussion bzw. die schlechte Information der Öffentlichkeit führe dazu, dass sich Politik und Bürgerschaft zunehmend voneinander entfernen. Die Politik trage eine große Schuld an der Fehlentwicklung der Asylpolitik. Die anstehenden Aufgaben könnten nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern bewältigt werden.

Frau Stadträtin Kerstin Wagner kritisiert die Vorgehensweise der Fraktion Alternative für Deutschland zu diesem Thema. Sie schildert kurz, wie die Asylsuchenden in Dresden untergebracht seien. Kein Mensch wolle seine Heimat verlassen, viele würden von Anfang an ihre Rückkehr planen. Die Flucht sei kein Sonntagsspaziergang, deshalb sei es u. a. für Familien sehr schwer zu fliehen. Sie fragt sich, was das Ziel der angestrebten Satzungsänderung sei. Es würde allen Betroffenen (sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Asylsuchenden) helfen, wenn sich die Bürgerschaft einbringe, um die Situation der Asylsuchenden zu verbessern.

Herr Stadtrat Hoffsommer gibt bekannt, er glaube nicht, dass die Fraktion Alternative für Deutschland mit dem eingebrachten Antrag an der aktuellen Situation etwas ändere. Er bemängelt die technokratisch bürokratische Einbringung der Aktuellen Stunde. Er fragt sich, was die Fraktion Alternative für Deutschland für die Asylsuchenden erreichen wolle. Es sei so dargestellt worden, dass die Menschen, die hier ankommen, das Problem seien. Maximal sei der Umgang mit der Situation und die Unfähigkeit, wie der Freistaat Sachsen damit umgehe, die Herausforderung, mit der die Stadt zu kämpfen hätte. Es sei versucht worden, mit dem Maßnahmeplan Grundpfeiler festzuschlagen. Bei wachsenden Zahlen der Asylsuchenden werde man sich der Herausforderung stellen müssen, wie der Schlüssel „Betreuung“ für soziale Betreuung und Begleitung gehalten werden könne. Es müsse z. B. hinterfragt werden, wie die Gelder für Sprachkurse aufrecht erhalten werden können. Es müsse auch hinterfragt werden, ob nicht auch der Bund und die Kommune finanziell in die Pflicht genommen werden müssen.

Herr Stadtrat Drews fragt sich, wann endlich einmal über die Probleme und Nöte der Menschen mit Migrationshintergrund in Dresden diskutiert werde. Er hebt die Mängel der geforderten Satzung hervor. Es würden z. B. Regelungen gefordert, die in der Satzung überhaupt nicht geregelt werden dürfen. Die Debatte heute halte er für Zeitverschwendung und er hoffe, dass man an den Punkt komme, an dem die wirklich wichtigen Fragen zu dem Thema diskutiert werden.

Herr Vincze, Vorsitzender des Ausländerbeirates, hebt hervor, wenn man sich in einem Thema nicht auskenne, solle man besser nichts dazu sagen. Es sei ohne Frage, dass Handlungsbedarf bestehe und es müsse überlegt werden, wie man das Thema angehe. Es bedürfe einer ehrlichen überparteilichen Diskussion, in die auch die Öffentlichkeit eingebunden werde.

7 Einigungsverfahren Gremienbesetzung

7.1 Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung)

Die **Oberbürgermeisterin** schlägt vor, sich über die Zusammensetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:

Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung)

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Heike Ahnert	Gottfried Ecke
Dr. Georg Böhme-Korn	Annett Grundmann
Dr. Hans-Joachim Brauns	Angelika Malberg
Peter Krüger	Anke Wagner
Gunter Thiele	Daniela Walter
	Dietmar Haßler

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Norbert Engemaier	Dr. Martin Schulte-Wissermann
Jens Matthis	Pia Barkow
Tilo Kießling	Cornelia Eichner
Dr. Kristin Klaudia Kaufmann	Anja Apel

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Michael Schmelich	Torsten Schulze
	Kerstin Harzendorf
Jens Hoffsommer	Christiane Filius-Jehne
	Johannes Lichdi

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Thomas Blümel	Christian Avenarius Dr. Peter Lames
Wilm Heinrich	Hendrik Stalman-Fischer Christian Bösl

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Detlev Cornelius	Stefan Vogel Harald Gilke (<i>neu</i>)

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Holger Zastrow	Jens Genschmar Franz-Josef Fischer

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

7.2 Ausschuss für Wirtschaftsförderung

Die **Oberbürgermeisterin** schlägt vor, sich über die Zusammensetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:**Ausschuss für Wirtschaftsförderung****CDU-Fraktion**

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Veit Böhm	Gottfried Ecke
Ingo Flemming	Peter Krüger
Dietmar Haßler	Christa Müller
Steffen Kaden	Dr. Helfried Reuther
Anke Wagner	Gunter Thiele

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
André Schollbach	Thomas Grundmann
Andreas Naumann	Dr. Kristin Klaudia Kaufmann
Tilo Wirtz	Tilo Kießling
Hans-Jürgen Muskulus	Cornelia Eichner

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Torsten Schulze	Michael Schmelich Thomas Löser
Christiane Filius-Jehne	Margit Haase Ulrike Hinz

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Dr. Peter Lames	Christian Avenarius Christian Bösl
Vincent Drews (bisher Thomas Blümel)	Hendrik Stalman-Fischer (bisher Axel Bergmann) Peter Bartels

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Detlev Cornelius	Stefan Vogel (bisher Jörg Urban) Jörg Urban (bisher Stefan Vogel)

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Dr. Thoralf Gebel	Franz-Josef Fischer Holger Zastrow

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

7.3 Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofswesen)

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, sich über die Zusammensetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:

Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofswesen)

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Veit Böhm	Ingo Flemming
Dr. Georg Böhme-Korn	Astrid Ihle
Peter Krüger	Angelika Malberg
Christa Müller	Gunter Thiele
Dr. Helfried Reuther	Klaus Rentsch

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Dr. Martin Schulte-Wissermann	Norbert Engemaier
Dr. Margot Gaitzsch	Thomas Grundmann
Andreas Naumann	Tilo Wirtz
Kerstin Wagner	Hans-Jürgen Muskulus

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Johannes Lichdi	Jens Hoffsommer Kati Bischoffberger
Torsten Schulze	Ulrike Caspary Ulrike Hinz

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Peter Bartels (bisher Albrecht Pallas)	Hendrik Stalman-Fischer Dr. Peter Lames
Thomas Blümel	Dana Frohwieser (bisher Peter Bartels) Wilm Heinrich

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Jörg Urban	Detlev Cornelius Harald Gilke (neu)

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Holger Zastrow	Jens Genschmar Franz-Josef Fischer

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 66 Nein 0 Enthaltung 0

7.4 Ausschuss für Kultur

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, sich über die Zusammensetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:**Ausschuss für Kultur****CDU-Fraktion**

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Gottfried Ecke	Veit Böhm
Dietmar Haßler	Dr. Georg Böhme-Korn
Lothar Klein	Dr. Hans-Joachim Brauns
Christa Müller	Steffen Kaden
Klaus Rentsch	Gunter Thiele

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Annekatrin Klepsch	Tilo Wirtz
Jacqueline Muth	Dr. Margot Gaitzsch
Cornelia Eichner	Kerstin Wagner
Anja Apel	Pia Barkow

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Christiane Filius-Jehne	Torsten Schulze
	Kati Bischoffberger
Ulrike Hinz	Jens Hoffsommer
	Johannes Lichdi

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Wilm Heinrich	Christian Bösl
	Vincent Drews
Dr. Peter Lames	Hendrik Stalman-Fischer
	Christian Avenarius

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Gordon Engler	Harald Gilke (bisher Bernd Lommel)
	Detlev Cornelius

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Franz-Josef Fischer	Holger Zastrow
	Dr. Thoralf Gebel

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

7.5 Ausschuss für Soziales und Wohnen

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, sich über die Zusammensetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:

Ausschuss für Soziales und Wohnen

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Astrid Ihle	Heike Ahnert
Thomas Krause	Annett Grundmann
Peter Krüger	Ingo Flemming
Angelika Malberg	Dr. Helfried Reuther
Daniela Walter	Anke Wagner

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Pia Barkow	Jens Matthis
Hans-Jürgen Muskulus	Cornelia Eichner
Kerstin Wagner	Dr. Kristin Klaudia Kaufmann
Andreas Naumann	Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Michael Schmelich	Jens Hoffsommer
	Thomas Löser
Ulrike Caspary	Margit Haase
	Kerstin Harzendorf

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Vincent Drews	Hendrik Stalman-Fischer
	Christian Avenarius
Peter Bartels	Thomas Blümel
	Dana Frohwieser (bisher Albrecht Pallas)

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Stefan Vogel	Harald Gilke (bisher Gordon Engler)
	Gordon Engler (neu)

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Jens Genschmar	Dr. Thoralf Gebel
	Holger Zastrow

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

7.6 Ausschuss für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtung)

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, sich über die Zusammensetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:**Ausschuss für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen)****CDU-Fraktion**

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Heike Ahnert	Dr. Hans-Joachim Brauns Dietmar Haßler Ingo Flemming Steffen Kaden Klaus Rentsch Christa Müller
Annett Grundmann	
Astrid Ihle	
Thomas Krause	
Anke Wagner	

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Anja Apel	Annekatriin Klepsch Jacqueline Muth Dr. Margot Gaitzsch Andreas Naumann
Cornelia Eichner	
Tilo Wirtz	
Thomas Grundmann	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Ulrike Caspary	Jens Hoffsommer Margit Haase Kerstin Harzendorf Michael Schmelich
Thomas Löser	

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Christian Bösl	Wilm Heinrich Vincent Drews (<i>bisher Albrecht Pallas</i>) Hendrik Stalman-Fischer Dr. Peter Lames
Dana Frohwieser (<i>bisher Vincent Drews</i>)	

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Harald Gilke (<i>bisher Bernd Lommel</i>)	Stefan Vogel Gordon Engler

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Franz-Josef Fischer	Dr. Thoralf Gebel Jens Genschmar

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 66 Nein 0 Enthaltung 0

7.7 Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten)

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, sich über die Zusammensetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:**Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten)****CDU-Fraktion**

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Dietmar Haßler	Heike Ahnert
Thomas Krause	Veit Böhm
Peter Krüger	Gottfried Ecke
Anke Wagner	Astrid Ihle
Daniela Walter	Lothar Klein

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Dr. Margot Gaitzsch	Pia Barkow
Tilo Kießling	Kerstin Wagner
Thomas Grundmann	Cornelia Eichner
Jacqueline Muth	Anja Apel

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Kati Bischoffberger	Torsten Schulze Jens Hoffsommer
Johannes Lichdi	Ulrike Caspary Christiane Filius-Jehne

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Thomas Blümel	Dana Frohwieser (bisher Axel Bergmann) Christian Bösl
Christian Avenarius	Peter Bartels Wilm Heinrich

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Harald Gilke (bisher Bernd Lommel)	Jörg Urban Gordon Engler (neu)

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Jens Genschmar	Franz-Josef Fischer Holger Zastrow

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 66 Nein 0 Enthaltung 0

7.8 Ausschuss für Gesundheit (Eigenbetriebe der Krankenhäuser)

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, sich über die Zusammensetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:**Ausschuss für Gesundheit (Eigenbetriebe der Krankenhäuser)****CDU-Fraktion**

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Gottfried Ecke	Heike Ahnert
Astrid Ihle	Dr. Georg Böhme-Korn
Angelika Malberg	Ingo Flemming
Christa Müller	Gunter Thiele
Dr. Helfried Reuther	Daniela Walter
	Dietmar Haßler

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Hans-Jürgen Muskulus	Dr. Margot Gaitzsch
Jens Matthis	Andreas Naumann
Pia Barkow	Thomas Grundmann
Cornelia Eichner	Jacqueline Muth

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Ulrike Hinz	Thomas Löser
	Kati Bischoffberger
Michael Schmelich	Kerstin Harzendorf
	Jens Hoffsommer

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Dr. Peter Lames	Peter Bartels Wilm Heinrich
Vincent Drews	Christian Bösl Thomas Blümel

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Stefan Vogel	Gordon Engler Harald Gilke (<i>neu</i>)

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Jens Genschmar	Holger Zastrow Dr. Thoralf Gebel

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 66 Nein 0 Enthaltung 0

7.9 Ausschuss für Petitionen und Bürgeranliegen

Die **Oberbürgermeisterin** schlägt vor, sich über die Zusammensetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:

Ausschuss für Petition und Bürgeranliegen
--

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Annett Grundmann	Heike Ahnert
Steffen Kaden	Gottfried Ecke
Angelika Malberg	Dietmar Haßler
Christa Müller	Thomas Krause
Dr. Helfried Reuther	Dr. Hans-Joachim Brauns

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Anja Apel	Cornelia Eichner
Norbert Engemaier	Hans-Jürgen Muskulus
Kerstin Wagner	André Schollbach
Andreas Naumann	Jens Matthis

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Torsten Schulze	Michel Schmelich Christiane Filius-Jehne
Kati Bischoffberger	Kerstin Harzendorf Jens Hoffsommer

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Peter Bartels	Christian Avenarius Vincent Drews
Christian Bösl	Thomas Blümel Wilm Heinrich

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Gordon Engler	Stefan Vogel Harald Gilke (<i>neu</i>)

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter in entsprechender Reihenfolge
Jens Genschmar	Dr. Thoralf Gebel Holger Zastrow

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 67 Nein 0 Enthaltung 0

7.10 Ausländerbeirat

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, sich über die Zusammensetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Beschluss:

Ausländerbeirat – Fraktionsitze
--

CDU-Fraktion

Mitglieder
Angelika Malberg
Dr. Helfried Reuther

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder
Hans-Jürgen Muskulus
Kerstin Wagner

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder
Jens Hoffsommer
Michael Ton

SPD-Fraktion

Mitglieder
Vincent Drews

Fraktion AfD

Mitglieder
Dr. Sven Dirks (bisher Gordon Engler)

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder
Jens Genschmar

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 65 Nein 0 Enthaltung 1

- 8 Umbesetzung eines 1. Stellvertreters für die AfD-Fraktion im Jugendhilfeausschuss** **A0025/15 beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, sich über die Umbesetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag mit 65 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt folgende Umbesetzung eines 1. Stellvertreters im Jugendhilfeausschuss:

Neuer 1. Stellvertreter für die AfD-Fraktion wird Herr Harald Gilke.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

- 9 Umbesetzung in der Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge e. V.** **A0027/15 beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, sich über die Umbesetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt folgende Umbesetzung des Vertreters sowie des Verhinderungsvertreters der Fraktion Alternative für Deutschland (AfD) in der Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge e. V.:

- 1.) Neuer Vertreter der AfD-Fraktion wird Herr Detlev Cornelius.
- 2.) Neuer Verhinderungsvertreter der AfD-Fraktion wird Herr Gordon Engler.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 67 Nein 0 Enthaltung 0

10 Besetzung der zweiten Vertreterinnen oder Vertreter der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses V0219/14 beschließend

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, sich über die Besetzung zu einigen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Vorlage mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Stadtrat einigt sich auf die persönlichen zweiten Stellvertreterinnen oder -vertreter der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

2. Stellvertreter/-in:	für Mitglied:
Daniela Walter	Heike Ahnert
Christa Müller	Patrick Schreiber
Dr. Margot Gaitzsch	Tilo Kießling
Jacqueline Muth	Anja Stephan
Ulrike Caspary	Jens Hoffsommer
Vincent Drews	Dorothee Marth
Jörg Urban	Gordon Engler
Franz-Josef Fischer	Barbara Lässig
Britt Sack	Anett Dahl
Martin Reichel	Franziska Grimm
-	Heike Riedel
-	Anke Lietzmann
-	Carsten Schöne
Franziska Schulz	Jan Güldemann

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 67 Nein 0 Enthaltung 0

11 Tagesordnungspunkte ohne Debatte

Es erfolgt die Behandlung von TOP 13.4, TOP 15 und TOP 18.

12 Abberufung eines Mitgliedes des Ausländerbeirates und Wahl eines neuen Mitgliedes im Ausländerbeirat V0294/15 beschließend

Herr Stadtrat Krien meint, dass es einen enormen Zeitverzug gegeben habe.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Vorlage mit 61 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beruft Herrn Marc Lalonde als Mitglied des Ausländerbeirates ab.
2. Der Stadtrat einigt sich auf Herrn Yujie Yao als neues Mitglied in den Ausländerbeirat.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 61 Nein 0 Enthaltung 2

13 Vertagungen Stadtratssitzung 22.01.2015

13.1 Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden V0157/14 beschließend

→ Vertagung

13.2 Wahl der Vertreter/innen der Landeshauptstadt Dresden und ihrer Stellvertreter/innen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden V0159/14 beschließend

→ Vertagung

13.3 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 541, Dresden-Laubegast, Wohnungsbau Laibacher Straße/Gustav-Hartmann-Straße V3013/14 beschließend

hier:

1. Abwägungsbeschluss
2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung zur Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes

Herr Bürgermeister Marx bringt die Vorlage ein und weist darauf hin, dass es sich hierbei um ein Hochwassergefährdungsgebiet handle, wobei das Wasserhaushaltsgesetz angewendet werden müsse. Alles im vorhabenbezogenen Bebauungsplan sei mit einer Genehmigung gebaut worden.

Herr Stadtrat Krien erläutert, dass er eine Frage aus der Bevölkerung erhalten hätte, ob die Gebäude nun „geduldete Schwarzbauten“ seien. Er gibt zu Protokoll, dass dies nicht so sei.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 61 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat prüft die während des Verfahrens zur Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes abgegebenen Stellungnahmen. Der Stadtrat beschließt über die Abwägung wie aus Anlage 1 zur Vorlage ersichtlich.
2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass alle Verpflichtungen aus dem Durchführungsvertrag erfüllt wurden.
3. Der Stadtrat beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB die Aufhebungssatzung Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 541, Dresden-Laubegast, Wohnungsbau Laibacher Straße/Gustav-Hartmann-Straße, in der Fassung vom 3. Juni 2013, bestehend aus dem Satzungstext (2 Blatt) sowie Plan (1 Blatt) und die Begründung hierzu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 61 Nein 0 Enthaltung 0

13.4 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 570, Dresden-Mickten Nr. 1, Wohnsiedlung Tichatschekstraße hier: Kenntnisnahme der Stellungnahmen (Abwägung) Satzung zur Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 570

**V3014/14
beschließend**

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 63 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat nimmt die während des Aufhebungsverfahrens zum Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 570 abgegebenen Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur Kenntnis (Anlage 1 zur Vorlage).
2. Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplans Nr. 570, Dresden-Mickten Nr. 1, Wohnsiedlung Tichatschekstraße, bestehend aus dem Satzungstext und der zeichnerischen Festsetzung (Anlage 2 zur Vorlage).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

13.5 Neue Wohnungspolitik in einer wachsenden Stadt

**A0835/14
beschließend**

Herr Stadtrat Vogel konstatiert, der Antrag werde den Anforderungen an eine zukunftsweisende und innovative Wohnungspolitik nicht gerecht. Dresden sei eine attraktive Stadt von hoher Lebensqualität. Eine Sondersituation abzuleiten, wie in der Begründung des Antrages dargestellt, erschließe sich ihm nicht. Fast täglich erfahre man von neuen Vorhaben des Wohnungsbaus, aus denen neuer Wohnraum entstehen werde. Jeder Investor richtet sich nach der Nachfrage vor Ort. Das Hamburger Modell sei gescheitert. Die Wohnungsgenossenschaften, private Vermieter und Investoren würden über den Bedarf an barrierefreien und generationsübergreifenden Wohnungen Bescheid wissen und würden dies entsprechend realisieren. Die Fraktion Alternative für Deutschland werde den Antrag ablehnen.

Herr Stadtrat Fischer meint, die FDP/FB-Fraktion schließe sich der Meinung von Herrn Stadtrat Vogel an und werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Flemming gibt bekannt, die CDU-Fraktion werde den Antrag ablehnen. Der Stadt gehe es gut, das zeige auch der Bevölkerungszuwachs. Die CDU-Fraktion hätte die Wohnungspolitik in den vergangenen 25 Jahren mitgestaltet. Durch den Antrag werden den Investoren und Bauherren Handschellen angelegt. Das Thema Wohnen sei ein emotionales Thema. Der Bürgerschaft sollten Lösungen und Perspektiven angeboten werden. Es gebe Stadtteile, da sei der Leerstand bei ca. 1 bis 2 Prozent (z. B. Südvorstadt), es gebe aber auch Stadtteile, da liege der Leerstand bei 4 bis 6 Prozent, die Wohnungswirtschaft rechne mit einem Durchschnittswert von 3 bis 4 Prozent. Das seien nach wie vor keine beängstigenden Zahlen. Es sei richtig, dass Dresden kein Mietermarkt mehr sei, aber man könne auch noch nicht von einem Vermietermarkt sprechen. Die Zahlen könnten noch nicht mit z. B. München oder Frankfurt verglichen werden. Es sei klar, dass der Wohnraum knapper werde, aber dies schlage sich noch nicht bei den Mieten nieder. Die Erhöhung der Alterseinkommen hätte im Jahr 2013 bei 2,6 Prozent gelegen, im Jahr 2014 bei 3,1 Prozent, dies liege zumindest noch über der Mietsteigerung. Auf die Entwicklung müsse natürlich reagiert werden, aber mit dem nötigen Augenmaß. Zu dem Thema hätte die Verwaltung ein Wohnkonzept erarbeitet, das sich derzeit im Geschäftsumlauf befinde, dies sollte erst einmal abgewartet werden.

Herr Stadtrat Löser erläutert, in München gebe es seit vielen Jahren das erprobte Konzept der sozialgerechten Bodennutzung. 30 Prozent der Bauvorhaben müssten sozial gebaut werden. Dresden sei eine wachsende und gut aufgestellte Stadt, die Situation könne genutzt werden im Gespräch mit Investoren. Dieser Gestaltungsspielraum sollte genutzt werden. Der Bevölkerungszuwachs der nächsten Jahre sei bekannt, da sei es logisch, dass man im privaten und auch kommunalen Wohnungsbau Anreize schaffe. Im kommunalen Wohnungsbau könne z. B. preiswerter Wohnraum geschaffen werden, Genossenschaften müssten gestärkt und auch mit städtebaulichen Verträgen könne gestaltet werden.

Herr Stadtrat Bartels hebt hervor, die Wiedervermietungsmiete nach dem Leerstand einer Wohnung sei das Problem, nicht die ortsübliche Vergleichsmiete. Die Wiedervermietungsmiete liege laut Mietspiegel bei ca. 15 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Aus der Äußeren Neustadt kenne er zwei Beispiele, wo die Wiedervermietungsmiete 18 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liege, dies seien Hamburger bzw. Münchner Verhältnisse. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden dem Antrag zustimmen. Er begründet, warum eine Umsetzung des Antrages schwierig sei. Der Antrag hätte nur eine Chance zur Realisierung, wenn die Oberbürgermeisterin und die Bürgermeister das Wohnen als soziales Gut anerkennen, das nicht nur dem freien Markt überlassen werden könne, sondern dass ein bewusstes und soziales Handeln erforderlich sei.

Herr Stadtrat Baur stellt klar, im Kern sei der Antrag ein Schritt in die richtige Richtung, inhaltlich erinnere der Antrag an Sozialismus und Planwirtschaft. In Dresden werde man immer stärker mit dem Problem einer zunehmenden Wohnungsknappheit und dem daraus resultierenden Anstieg der Mieten konfrontiert. Dieses Problem sei aufgrund des Bevölkerungswachstums absehbar gewesen. Flüchtlinge würden in der Stadt dezentral in Wohnungen untergebracht, diese Wohnungen stünden dem Wohnungsmarkt nicht mehr zur Verfügung. Dies sei der Wohnraum, der zur Deckung der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten benötigt werde. Der Antrag enthalte einige Schwachpunkte. Das Problem des immer weniger werdenden günstigen Wohnraums müsse angegangen werden. Er sei gespannt, was der Antrag bewirken werde. Er werde dem Antrag zustimmen.

Herr Stadtrat Muskulus meint, in Dresden gebe es keinen sozialen Wohnungsbau. Bei den neu gebauten Wohnungen liege die Netto-Kaltmiete bei ca. 8 Euro und 12 Euro. Auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus habe die Oberbürgermeisterin keine Erfolge erzielt. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE., sich für einen sozialen Wohnungsbau und eine neue Wohnungspolitik in Dresden einzusetzen, sei folgerichtig.

Herr Stadtrat Wirtz gibt zu bedenken, dass es keinen Markt für teure Wohnungen in Dresden gebe. Zielgruppen dieser Wohnungen seien Käufer von außerhalb, daher sei die Eigentümerquote in den vergangenen Jahren auch nicht gestiegen. Auch die Mietnebenkosten seien gestiegen, dies dürfe nicht unterschätzt werden. Leidtragende der Mietsteigerungen seien z. B. Familien oder ältere Personen.

Frau Stadträtin Dr. Kaufmann erklärt, die vorliegenden Instrumente sollten auch in Dresden genutzt werden, andere Städte würden diese schon längst praktizieren. Sie erklärt kurz, was ein Vorhaben- und Erschließungsplan sei. Die Menschen, die heute Wohnraum suchten, müssten teilweise teuren Wohnraum anmieten und würden sich damit möglicherweise in ihren Lebensunterhaltungskosten verschätzen. Es könne jetzt sofort Wohnraum geschaffen werden, der bedarfsgerecht sei und auch den einkommensschwächeren Menschen die Möglichkeit gebe, hier zu wohnen. Im Schnitt würden 50 bis 100 behindertengerechte Wohnungen benötigt, die auch finanzierbar seien.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 40 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. bei jeglichen Vorhaben- und Erschließungsplänen mit dem Ziel der Realisierung von Wohnnutzung mit Investoren im Rahmen von Durchführungsverträgen nach § 12 BauGB auf konsensualer Basis zu vereinbaren, Maßnahmen zur Deckung des Wohnbedarfes von Bevölkerungsgruppen mit besonderen Wohnraumversorgungsproblemen sowie des Wohnbedarfes der ortsansässigen Bevölkerung im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 2 BauGB zu leisten.
2. sich beim Freistaat Sachsen dafür einzusetzen, die gegebene Sondersituation Dresdens zu nutzen, um mit Hilfe des Auflegens geeigneter Modellprojekte im Mietwohnungssektor insbesondere für junge Familien sowie ältere und körperlich beeinträchtigte Menschen das Thema „Generationengerechtes und barrierefreies Wohnen“ in Dresden stärker öffentlich zu lenken und finanziell zu unterstützen.
3. sich stärker als bisher an private und institutionelle Investoren zu wenden und diese mit dem Ziel zu unterstützen, gemeinsam Investitionen im Mietwohnbereich – sowohl im Bestand als auch im Neubau – auf den Weg zu bringen und zu tätigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 40 Nein 26 Enthaltung 0

13.6 Postplatz neu gestalten und begrünen

**A0847/14
beschließend**

→ zurückgezogen

- 14 Vertagungen Stadtratssitzung 22. Januar 2015 - Neufassung Beschlüsse Stadtrat 10. Juli 2014 - Herstellung der Rechtssicherheit**
- 14.1 Bebauungsplan Nr. 357 B, Dresden-Neustadt Nr. 39, Leipziger Straße/Neustädter Hafen** **V2940/14 beschließend**
hier:
1. Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan
2. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes
- Vertagung
- 15 Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung der Jahresabschlüsse 2014 und 2015 des Eigenbetriebes Stadtentwässerung der Landeshauptstadt Dresden** **V0242/14 beschließend**

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung) mit 67 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Theresienstraße 29, 01097 Dresden, mit der Prüfung der Jahresabschlüsse 2014 und 2015 des Eigenbetriebes Stadtentwässerung der Landeshauptstadt Dresden zu beauftragen. Der Prüfungsauftrag richtet sich nach § 32 SächsEigBVO.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
 Ja 67 Nein 0 Enthaltung 0

- 16 Neuerrichtung der Werkstätten für die Staatsoperette Dresden und das tjg.theater junge generation - Veränderung Standort** **V0138/14 beschließend**

Frau Stadträtin Haase erläutert, welche Vor- und Nachteile die Umplanung bezüglich der Werkstätten habe.

Herr Stadtrat Heinrich bringt den interfraktionellen Ergänzungsantrag ein.

Frau Stadträtin Müller führt aus, dass der Punkt 4 einen Vorgriff auf den Haushalt 2017/2018 vorsehe. Sie beantragt punktweise Abstimmung.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Punkt 5 des interfraktionellen Ergänzungsantrages mit 52 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Punkt 6 des interfraktionellen Ergänzungsantrages mit 62 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt den Punkten 1 bis 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur mit 66 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Punkt 4 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur mit 36 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Beschluss:

1. Im Zuge der Errichtung neuer Spielstätten für die Staatsoperette Dresden und das tjg.theater junge generation im ehemaligen Kraftwerk Mitte wird das gemeinsame Werkstattgebäude wie in Anlage 1 zur Vorlage dargestellt ohne zeitliche Unterbrechung ab sofort realisiert. Die vorgeschlagene Variante ersetzt den Bauvorschlag für das Werkstattgebäude aus dem Stadtratsbeschluss zu V2369/13 „Generalübernehmervertrag und Finanzierungskonzept zur Errichtung der Theaterspielstätten im ehemaligen Kraftwerk Mitte“.
2. Der KID werden die für die Realisierung des Vorhabens notwendigen Grundstücke (Flurstücke 1/1 Gem. Cotta und 1/1 Gem. Briesnitz) Dresden-Cotta (siehe Anlage 1 zur Vorlage) als Kapitaleinlage übertragen.
3. Der Stadtrat nimmt die veränderte Terminplanung (siehe Begründung) zur Kenntnis.
4. Unmittelbar nach der Errichtung des neuen Werkstattgebäudes und dem danach erfolgten Rückbau des alten Werkstattgebäudes ist der durch den Neubau des Werkstattgebäudes nicht mehr nutzbare „Volkspark Briesnitz“ am vorgesehenen Standort zu errichten.

Die dafür notwendigen Mittel sind spätestens im Doppelhaushalt 2017/2018 zur Verfügung zu stellen.

Die Wiederherstellung des Parks soll insbesondere durch die finanzielle Förderung des vorhandenen bürgerschaftlichen Engagements vor Ort ermöglicht werden.

5. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, ein Konzept zur Wiederherstellung des „Volksparks Briesnitz“ gemäß Anlage 2 zur Vorlage zu entwickeln und dem Stadtrat bis Dezember 2015 zur Beschlussfassung vorzulegen.
6. Es ist sicherzustellen, dass der Zugang zum Elberadweg gewährleistet bleibt.

Abstimmungsergebnis:

punktweise Abstimmung mit Ergänzung

17	Mustervereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Dresden und den Kindertagespflegepersonen	V2997/14 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Herr Stadtrat Kießling stellt den Disput dar, der bisher bei der Beauftragung einer Person zur Führung von Verhandlungen vorherrsche. Man könne dieser Person einen bestimmten Spielraum geben oder sie auf einen bestimmten Punkt – hier die Mustervereinbarung – hinarbeiten lassen. Es gehe darum, was politisch getan werden könne, um die Abweichung von einem vorgegebenen Punkt zu binden. Es gebe Eltern, die mit Klagen gegen die Mustervereinbarung gedroht hätten. Es solle eine Mitteilung geben und der Jugendhilfeausschuss sollte prüfen, wie groß die Abweichung sei.

Herr Stadtrat Hoffsommer bringt den Ergänzungsantrag ein, der die Probleme und Befürchtungen der Verwaltungsseite aufgreife, und betont ausdrücklich, dass es sich um ein Muster handle, von dem abgewichen werden könne. Es würden bisher auch Mitteilungen in Form von E-Mails vom Amtsleiter des Jugendamtes und der Eigenbetriebsleiterin des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen an die Gremien verschickt.

Es gebe verschiedene Variablen, wie zum Beispiel die Betreuungszeit und die Zahl der zu betreuenden Kinder, die individuell gestaltet werden könnten. Substanzielle, inhaltliche Abweichungen seien entscheidend, nicht redaktionelle.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stelle eine Ergänzung zur Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses dar.

Frau Stadträtin Ahnert beantragt, die Vorlage zurück an den Jugendhilfeausschuss zu verweisen. Sie meint, der Jugendhilfeausschuss sei zum zweiten Mal – nach der Mustervereinbarung für die freien Träger – übergangen worden.

Herr Stadtrat Hoffsommer stellt fest, dass eine Beratung im Jugendhilfeausschuss stattgefunden habe.

Frau Stadträtin Ahnert meint weiterhin, dass keine Abstimmung stattgefunden hätte.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Antrag von Frau Stadträtin Ahnert auf Rücküberweisung in den Jugendhilfeausschuss mit 27 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 37 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 28 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Mustervereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Dresden und den Kindertagespflegepersonen entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage.
2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, auf der Grundlage des Beschlusspunktes 1 innerhalb von 12 Monaten eine individualrechtliche Vereinbarung mit jeder Kindertagespflegeperson abzuschließen, deren Plätze in den Bedarfsplan der Landeshauptstadt Dresden aufgenommen wurden.
3. Wenn sich die Vertragspartner nicht einigen, wird die Vereinbarung dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Verwaltung hat dem Jugendhilfeausschuss quartalsweise über abgeschlossene Vereinbarungen zu berichten.
4. Gremienvorbehalt: Die Oberbürgermeisterin informiert die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses im Rahmen der elektronischen Mitteilungen „Informationen an den Jugendhilfeausschuss“ über ausgehandelte Verträge auf Grundlage der Mustervereinbarung und weist auf Abweichungen nicht redaktioneller Art von dieser hin. Vorgesehene VereinbarungsvARIABLEN zum Umfang des Leistungsangebots sind davon nicht betroffen.

Sofern solche inhaltlichen Abweichungen vorliegen, wird der Vertrag/die Vereinbarung gültig, wenn innerhalb eines Monats nach Zugang der Information kein Mitglied des Jugendhilfeausschusses eine Befassung mit dem Vertrag/der Vereinbarung beantragt hat oder, sofern dies beantragt wird, nachdem der Jugendhilfeausschuss zugestimmt hat.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 38 Nein 0 Enthaltung 28

18 Veränderung des Sondervermögens des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen Dresden für das Wirtschaftsjahr 2013

**V0107/14
beschließend**

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen) mit 66 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt folgende Veränderungen des Sondervermögens des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen Dresden für das Wirtschaftsjahr 2013:

1. Die in der Anlage 1 „Grundstücksliste 2013 – Abgänge“ zur Vorlage genannten Grundstücke sind aus dem Sondervermögen des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen Dresden herauszulösen. Die Festlegung zur weiteren Verwaltung erfolgt durch das Liegenschaftsamt.
2. Die in der Anlage 2 „Grundstücksliste 2013 – Zugänge“ zur Vorlage genannten Grundstücke und Gebäude sind in das Sondervermögen des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen Dresden aufzunehmen und die Verwaltung durch den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen Dresden zu veranlassen.
3. Für die Grundstücke, die an die Landeshauptstadt Dresden übertragen werden, erhält der Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen Dresden die Buch- bzw. Verkehrswerte erstattet.
4. Die Zugänge der Grundstücke und Gebäude an den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen Dresden sind als Erhöhung der Kapitalrücklage zu buchen. Aus Sicht des Steuerrechtes stellt die Übertragung der Grundstücke und Gebäude eine Einlage dar, die zu einem Zugang auf dem steuerrechtlichen Einlagenkonto des Betriebes gewerblicher Art Kindertageseinrichtungen führt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 66 Nein 0 Enthaltung 0

19 Verkehrsbaumaßnahme Marienberger Straße – Salbachstraße zwischen Knappestraße und Wehler Straße

**V2924/14
beschließend**

Frau Stadträtin Harzendorf erläutert, die Ziele der Maßnahme, nämlich die Erhaltung der Bustauglichkeit und den Ausbau der barrierefreien Haltestelle, teile man. Vermisst werde in der Vorlage der Erhalt des Altbaumbestandes. Heute soll nicht nur über eine Straßensanierung entschieden werden, sondern auch über Baumfällungen. Die Straße werde nicht verbreitert und auch in den Abschnitten, die nicht für die Bustrasse zur Verfügung stehen müssen, würden Bäume gefällt. Die vorgesehenen Neupflanzungen würden nicht den Verlust von altem Baumbestand kompensieren. Warum die Bäume weg müssen, sei nur vage beantwortet worden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde daher der Vorlage nicht zustimmen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 52 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der angepassten Vorplanung für die Verkehrsbaumaßnahme Marienberger Straße – Salbachstraße entsprechend der Anlage 2 zur Vorlage zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 52 Nein 0 Enthaltung 10

- | | | |
|-----------|--|---------------------|
| 20 | Bebauungsplan Nr. 35.3, Dresden-Nickern Nr. 2, ehemaliges Kasernengelände | V0030/14 |
| | hier: | beschließend |
| | 1. Abwägungsbeschluss | |
| | 2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung | |

Herr Stadtrat Schulze schildert kurz den Werdegang des Vorhabens. Es gebe keine fachlichen und inhaltlichen Gründe, warum die geplante Beschlussfassung im Juni 2014 durch die Verwaltung verzögert worden sei. Er frage sich, warum es zu so einer langen Verzögerung kommen konnte. Dies könnte an verschiedenen Aspekten liegen. Durch den Zeitverzug würden sich die Baukosten für die Erschließung und Errichtung der Häuser um ein sechsfaches erhöhen. Diese erhöhten Kosten müssten von den bauwilligen Familien getragen werden. Wünschenswert sei, dass die Bauarbeiten schnell und reibungslos ablaufen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Vorlage zustimmen.

Die Kritik von Herrn Stadtrat Schulze sei nicht gerechtfertigt, findet **Herr Stadtrat Rentsch**.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 66 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat prüft die während des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan abgegebenen Stellungnahmen. Der Stadtrat beschließt über die Abwägung wie aus Anlage 1 zur Vorlage ersichtlich.
2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt wurde.
3. Der Stadtrat beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 35.3, Dresden-Nickern Nr. 3, ehemaliges Kasernengelände, in der Fassung vom 12. Mai 2014, bestehend aus der Planzeichnung mit Zeichenerklärung sowie zeichnerischen und textlichen Festsetzungen, als Satzung und billigt die Begründung hierzu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 66 Nein 0 Enthaltung 0

- | | | |
|-----------|---|---------------------|
| 21 | Bebauungsplan Nr. 54.3, Dresden-Altstadt I Nr. 6, Postplatz/Wallstraße | V0084/14 |
| | hier: | beschließend |
| | 1. Abwägungsbeschluss | |
| | 2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung | |

Herr Stadtrat Stalman-Fischer erklärt, dass die urbane Bebauung befürwortet werde.

Frau Stadträtin Dr. Kaufmann kritisiert, dass die Stadt in diesem Fall nicht über Mietpreisbindungen oder eine soziale Belegung verhandelt habe. Das Wasserband werde entweder versetzt oder aufgrund der hohen Kosten entfallen. Probleme gebe es bei der Lärmimmission und der Belichtung der Gebäude.

Herr Stadtrat Löser befürworte das Vorhaben. Der städtebauliche Missstand werde durch Wohnungsneubau neu gefasst und der Promenadenring gesichert. Die Bäume würden bestehen bleiben bzw. neu gepflanzt oder umgesetzt. Der Innenbereich werde ebenfalls begrünt, was er befürworte.

Herr Stadtrat Thiele führt aus, dass er sich wesentliche Impulse für den westlichen Teil des Stadtzentrums verspreche.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 66 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat prüft die während des beschleunigten Verfahrens nach § 13 a BauGB zum Bebauungsplan abgegebenen Stellungnahmen. Der Stadtrat beschließt über die Abwägung wie aus Anlage 1 zur Vorlage ersichtlich.
2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Bebauungsplan von den Darstellungen des Flächennutzungsplanes abweicht und die Anpassung des Flächennutzungsplanes nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes im Wege der Berichtigung erfolgt.
3. Der Stadtrat beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 54.3, Dresden-Altstadt I Nr. 6, Postplatz/Wallstraße, in der Fassung vom 30. Juni 2014, bestehend aus der Planzeichnung mit Zeichenerklärung sowie zeichnerischen und textlichen Festsetzungen, als Satzung und billigt die Begründung hierzu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 66 Nein 0 Enthaltung 0

22	Vorplanung Hochwasserschadensbeseitigung, Verkehrsbauvorhaben Wehlener Straße - Altfolkowitz - Österreicher Straße zwischen Schlömilchstraße und Leubener Straße	V0139/14 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Herr Stadtrat Thiele führt aus, dass die Parkplätze für die Erreichbarkeit der Geschäfte notwendig seien. Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion werde zugestimmt. Die Querungshilfen in Höhe der Marienberger Straße sollten geprüft werden.

Herr Stadtrat Wirtz hebt hervor, dass der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Punkt b unterstützt werde. Ca. 5 Parkplätze seien im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau herausgenommen worden, da hierbei ein Konfliktpunkt aufgebaut werde, der die Verkehrssicherheit von Radfahrern, vom ÖPNV und MIV betreffe, da der Abstand der Gleise zu den parkenden Autos zu gering wäre. Wenn Parkplätze errichtet würden, wäre dies eine Verletzung der Planungsempfehlung für Radverkehrsanlagen. Er führt aus, wo die Radfahrerinnen und Radfahrer in Dresden geklagt und Recht bekommen hätten.

Frau Stadträtin Haase beantragt, über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen punktweise abzustimmen. Richtliniengerecht bedeute in diesem Fall, den Radfahrerinnen und Radfahrern genügend Platz zu geben, um sich sicher zu bewegen. Dies sei bei den angedachten Stellplätzen nicht gegeben.

Es sollte zudem geprüft werden, ob die Bäume erhalten werden könnten.

Herr Stadtrat Avenarius bringt den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion ein, der keine unsichere Verkehrsführung beinhalte. Er appelliert an die Einhaltung der StVO und auch eine Beschilderung wäre möglich.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Punkt a des Ergänzungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 28 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt dem Punkt b des Ergänzungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 65 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion mit 40 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 27 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt die Vorplanung für die Hochwasserschadensbeseitigung des Verkehrsbauvorhabens Wehlener Straße – Alttolkewitz – Österreicher Straße zwischen Schlömilchstraße und Leubener Straße gemäß Anlage 2 zur Vorlage mit folgenden Änderungen:
 - Es ist vertieft zu prüfen, ob die Bäume zwischen Beginn der Baustrecke und der Tolkewitzer Straße erhalten werden können.
 - Die Parkbuchten auf der Südseite der Österreicher Straße sind wie in der vorgelegten Planung auszuführen. Es ist besonders zu prüfen, ob mit Einbeziehung der anliegenden Grundstücke ein ERA-2010-konformer Abstand (1,80 m) zwischen Gleis und den Parkbuchten südlich der Österreicher Straße erreicht werden kann. Bei positivem Ergebnis ist diese Variante bevorzugt zu behandeln.
 - In der weiteren Planung ist zu prüfen, die Gehwege – auch teilweise, z. B. hinter Haltestellen, für Radfahrer freizugeben.
 - In der weiteren Planung ist zu prüfen, wie im Bereich der Österreicher Straße (Einkaufsmeile) durch Tempo 30 eine stadtteilverträglichere Verstetigung des Verkehrs erreicht werden kann.
 - Die Einrichtung einer Querungshilfe an der Einmündung Marienberger Straße ist zu prüfen. Das Prüfergebnis ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau und den Ortsbeiräten Leuben und Blasewitz vor Einreichung der Planfeststellung vorzulegen.
2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass diese Maßnahme planungsrechtlich durch ein Planrechtsverfahren gesichert werden muss.
3. Im Zuge der Hochwasserschadensbeseitigung sind Maßnahmen im Straßenkörper zu planen und umzusetzen, die verhindern, dass es bei der Abwehr von Elbehochwasser mit mobilen Systemen zu Unterströmung und Grundbrüchen im Untergrund kommt.

4. Für die nicht förderfähigen Kosten des Straßenbaus in Höhe von 0,2 Mio. Euro und der unterirdischen Hochwasserabwehr werden die erforderlichen Mittel aus der gemäß Vorlage V2341/13 gebildeten Reserve zur Begleitung der Hochwasserschadensbeseitigung dem Straßen- und Tiefbauamt und Umweltamt übertragen.
5. Maßgebliche Änderungen im weiteren Planungsprozess werden dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau zur Kenntnis gegeben.

Die Pläne, welche zur Planfeststellung eingereicht werden, sind dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau und den Ortsbeiräten zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 39 Nein 0 Enthaltung 27

**23 Aufhebung des Beschlusses zur Vorlage V0142/14, Beschluss V0329/15
zur Vergabenummer 2014-1042-00049 „Verwaltung dezentraler beschließend
Unterbringungsobjekte für Leistungsberechtigte nach dem
Asylbewerberleistungsgesetz“**

Herr Stadtrat Cornelius meint, dass die Beanstandung der Landesdirektion vom Februar 2015 zeige, dass eine Änderung des Vergabeprozederes im laufenden Verfahren eine materielle Rechtswidrigkeit zur Folge hätte. Daher sei – nach zweimaligen Widerspruchs der Oberbürgermeisterin – von der Landesdirektion vorgegeben worden, dass der Vergabeabschluss aufgehoben werden müsse.

Herr Stadtrat Kaden führt aus, dass der Stadtrat prüfe, ob die Verwaltung den Rechtsrahmen eingehalten habe, woran er keine Zweifel gehabt habe. Auch die Geeignetheit sei unbestritten gewesen.

Herr Stadtrat Muskulus betont, dass der vorgeschlagene Erstplatzierte nicht geeignet sei. Das Sozialamt habe für einen breiten Wettbewerb die Eignungsnachweise niedrig angesetzt.

Herr Stadtrat Hoffsommer stelle die Eignung des Bewerbers weiterhin in Frage. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde für die schlechte Vorlage nicht die Verantwortung übernehmen und ablehnen.

Herr Stadtrat Dr. Lames hebt hervor, dass bei Ablehnung der Vorlage die Landesdirektion im nächsten Schritt die Ersatzvornahme bescheiden würde, welche als Grundlage der Vergabe gelten würde. Die Erarbeitung der Ausschreibung sei nicht sorgfältig vonstatten gegangen. In die Vergabe hätte formuliert werden müssen, welche konkreten Nachweise und Kompetenzen vom Bewerber erwartet würden. Die SPD-Fraktion werde sich deshalb enthalten.

Herr Stadtrat Muskulus verzichtet auf Fragen, die die Bieter betreffen. Daher entfällt der nicht öffentliche Tagesordnungspunkt 24.

Herr Stadtrat Kaden merkt ausdrücklich an, dass es sich bei dieser Vergabe nicht um eine Bagatellbeschaffung handle, sondern um eine öffentliche Ausschreibung mit ganz anderen Formerfordernissen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Vorlage mit 29 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen zu.

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Lichdi, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mit Nein gestimmt und dies auch nach meiner besten Gewissensüberzeugung. Ich finde es, wir können als Stadträte für diese offensichtlich schlechte Auswahl für diese offensichtlich ungeeigneten Betreiber, gerade in der derzeitigen zugespitzten öffentlichen Debatte, können wir uns das nicht leisten und ich bin sehr traurig, dass hier der Stadtrat dieser, ja, dieser schlechten Vorarbeit der Verwaltung und diesem Druck der Landesdirektion nachgegeben hat, vielen Dank.“

Beschluss:

1. Der Stadtrat hebt den Beschluss zu V0142/14 vom 11./12. Dezember 2014 (SR/005/2014) auf.
2. Den Zuschlag für o. g. Leistung erhält die Firma Thomas Stanitz, Am Brunnen 5, 01329 Dresden, entsprechend Vergabeantrag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 29 Nein 28 Enthaltung 9

Helma Orosz
Vorsitzende

Elsa Claus
Schriftführerin

Monika Weber
Schriftführerin

Dietmar Haßler
Stadtrat

Holger Zastrow
Stadtrat